

# *Nordrhein-Westfalen nicht länger unter Wert regieren!*

*Kommunale Handlungsfähigkeit sichern,  
Potentiale nutzen.*

*Leitantrag des  
Landesvorstands an den  
36. Landesparteitag der  
CDU Nordrhein-Westfalen  
am 26. April 2014 in Düsseldorf*



**CDU**

## ***Inhaltsübersicht***

Kommunen sind die Keimzellen der Demokratie.....	1
Rot-grünes Verschuldungsregime beenden.....	3
Anschluss an die bundesdeutsche Entwicklung wiederherstellen.....	4
Rot-grüne Blockaden und Gängelei beenden.....	5
Landesentwicklungsplan.....	6
Klimaschutzgesetz.....	8
Infrastrukturmittel.....	8
Breitbandförderung.....	9
Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen.....	10
Schule und Bildung.....	10
Hochschulen.....	11
Ärztmangel.....	12
Denkmalschutzförderung.....	13
Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben Besseres verdient!.....	14
Unsere Kommunen – unsere Zukunft.....	14

# 1 **Nordrhein-Westfalen nicht länger unter Wert regieren!**

## 2 **Kommunale Handlungsfähigkeit sichern, Potentiale nutzen.**

3 Die Kreise, Städte und Gemeinden sind das Zuhause unserer Bürgerinnen und Bürger. Le-  
4 bensqualität, Versorgung, Bildungschancen, der Arbeitsmarkt, generationenangepasste  
5 Angebote und Freizeitmöglichkeiten gestalten sich im direkten Lebensumfeld der Men-  
6 schen. Die CDU Nordrhein-Westfalen steht daher für lebenswerte Städte, Gemeinden und  
7 Kreise in ihrer Verschiedenartigkeit und Vielfalt.

8 Kommunale Selbstverwaltung bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger die sie betreffenden  
9 Angelegenheiten selbst organisieren und gestalten können. Die CDU hat großes Vertrauen  
10 in den Gestaltungswillen und in das Gestaltungsrecht der Menschen, weil sie aufgrund  
11 ihrer Kenntnis am besten wissen, welche Entscheidung vor Ort sinnvoll getroffen werden  
12 sollte. Die CDU respektiert den dazu notwendigen Entscheidungsspielraum der Gremien  
13 vor Ort, denn auf sich immer wieder neu und anders stellende Fragen sind vielfältige  
14 kommunalpolitische Antworten denkbar.

15 Nur wer auf Landesebene einen daran orientierten Rahmen für kommunale Selbstverwal-  
16 tung schafft, kann unserem großen und vielfältigen Bundesland von der Großstadt bis in  
17 den ländlichen Raum gerecht werden.

18 Allerdings stellen wir mit großer Sorge fest, dass die kommunale Selbstverwaltung durch  
19 äußere Einflüsse in einem nicht mehr zu übersehenden Maß bedroht ist.

20 Die unerlässlichen Entscheidungsspielräume werden immer weiter durch gesetzgeberische  
21 Maßnahmen eingeschränkt. Gleichsam wirken sich finanzielle Unzulänglichkeiten aus.

## 22 ***Kommunen sind die Keimzellen der Demokratie***

23 Deshalb brauchen unsere Kommunen eine aktive Unterstützung von Seiten des Landes,  
24 um die Aufgaben tatsächlich erfüllen zu können. Dazu gehören insbesondere zukunftswei-  
25 sende Rahmenbedingungen, die die Menschen und unser Land wieder nach vorne bringen.  
26 Die Auswirkungen der wirtschafts- und arbeitsplatzfeindlichen rot-grünen Landespolitik  
27 werden zunehmend spürbar: Großstädte im Ruhrgebiet oder im Bergischen Städtedreieck  
28 leiden dauerhaft darunter, dass es in ihren Regionen strukturell nicht genügend Arbeits-  
29 plätze gibt. Hier finden sich die landesweit höchsten Arbeitslosenzahlen und zugleich die  
30 höchsten Realsteuerhebesätze in Nordrhein-Westfalen. Zudem wird für diese und andere  
31 Regionen Nordrhein-Westfalens ein Bevölkerungsrückgang von bis zu über 10 Prozent bis  
32 2030 prognostiziert. Diese Entwicklung wird sich jedoch erst wesentlich in der zweiten  
33 Hälfte der 2020er Jahre bemerkbar machen, da bis dahin das „demografische Zwischen-  
34 hoch“, also der Zeitabschnitt bis zum Eintritt der sogenannten Babyboomer in die Rente,  
35 wirkt.

36 Gerade die abnehmende Bevölkerung, verbunden mit einer älter werdenden Gesellschaft,  
37 stellt die Großstädte im Strukturwandel und die strukturschwachen ländlichen Räume vor  
38 massive Herausforderungen: Auf der einen Seite gibt es bereits heute einen Mangel an gut  
39 ausgebildeten Fachkräften, der auch in einen „Unternehmermangel“ führt. Auf der ande-

40 ren Seite muss die kommunale Infrastruktur an die älter werdende Gesellschaft angepasst  
41 werden.

42 Nordrhein-Westfalen zeichnet sich durch dynamische Städte und wachsende ländliche  
43 Räume aus, die eine hohe Anziehungskraft auf Menschen und Unternehmen ausstrahlen.  
44 Ihre Position gilt es durch kluge kommunal- und landespolitische Weichenstellungen zu  
45 erhalten und zu stärken.

46 Besondere Bedeutung hat dabei die Nähe zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie politi-  
47 schen Entscheidungsträgern in der Kommune. Gerade diese Nähe verstärkt die Erwartung  
48 Einzelner und von Interessengruppen, in politische Entscheidungsprozesse einbezogen zu  
49 werden.

50 Ohne Handlungs- und Haushaltsspielräume macht diese Mitbestimmung allerdings keinen  
51 Sinn.

52 Die Möglichkeiten für Kommunalpolitiker, sichtbar zu gestalten, werden ohne ausreichen-  
53 de finanzielle Ressourcen zunehmend schwieriger. Je geringer dabei die eigene Steuerkraft  
54 und die eigenen finanziellen Handlungsspielräume werden, umso schwieriger wird es, die  
55 notwendigen Anpassungsprozesse für die Menschen in unseren Regionen politisch ver-  
56 antwortlich zu gestalten.

57 Insbesondere in hoch verschuldeten Kommunen und Regionen besteht ein direkter Zu-  
58 sammenhang zwischen mangelnden (finanziellen) Ressourcen und dem Schwinden kom-  
59 munaler Selbstverwaltung.

60 Hierdurch ist eine negative Spirale in Gang gesetzt worden, die langfristig zu einer Aus-  
61 höhlung der örtlichen Demokratie führt:

- 62 ▪ Die Verschuldung und der zunehmende Anteil nicht frei verfügbarer Mittel führen zu  
63 einer Reduzierung des kommunalpolitischen Gestaltungsspielraums.
- 64 ▪ Das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die Gestaltungskraft der Politik schwindet.
- 65 ▪ Dies hat die sinkende Bereitschaft zur Entrichtung von Steuern und Gebühren zur Folge.
- 66 ▪ Die Abwendung der Bürgerinnen und Bürger von der Kommunalpolitik bildet den er-  
67 schreckenden Schlusspunkt dieser Abwärtsspirale.

68 Das gegenwärtige kommunale Finanzsystem in Nordrhein-Westfalen zeichnet sich darüber  
69 hinaus durch einen hohen Grad der Fremdbestimmung aus.

70 Gleiches gilt für die den Kommunen übertragenen Aufgaben, beispielsweise im Sozialbe-  
71 reich. Zahlreiche Aufgaben sind pflichtig oder haben nur in Teilen einen gestaltbaren Kern;  
72 sie sind zumeist durch staatliche Gesetze vorbestimmt.

73 Nur noch wenige Kommunen können mit echten freiwilligen Aufgaben gestalten. In der  
74 weit überwiegenden Zahl unserer Städte, Gemeinden und Kreise unterliegen die freiwilli-  
75 gen Ausgaben de facto kaum noch dem Einfluss kommunaler Entscheidungsträger.

76 Sich stetig verringernder kommunalpolitischer Entscheidungsspielraum sowie die Ein-  
77 schränkung der finanziellen und damit politischen Möglichkeiten der Kommunen stellen  
78 deren demokratische Legitimität in Frage bzw. setzen die gewählten Vertreter unter  
79 Druck.

80 **Grundlage unseres Handelns in den Kommunen ist eine ausreichende, verlässliche und**  
81 **gerechte Finanzausstattung: Hier ist in erster Linie das Land gefordert. Es muss hinrei-**

82 chende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, damit die vielfältigen Aufgaben vor  
83 Ort wahrgenommen werden können. Die nordrhein-westfälischen Kommunen müssen  
84 finanziell wieder eigenständig werden.

85 Die CDU Nordrhein-Westfalen erachtet es im Sinne des Subsidiaritätsprinzips jedoch  
86 als zwingend notwendig, dass neue, gesellschaftlich wichtige und notwendige Aufga-  
87 ben auch zukünftig noch in kommunaler Selbstverantwortung angepackt und durchge-  
88 führt werden.

89 Wir wollen daher nicht tatenlos zusehen, wie sich Politik in den Keimzellen unserer  
90 Demokratie auf die mehr oder weniger effiziente Bedienung oder Abwicklung ererbter  
91 Ansprüche und Belastungen aus vergangenen Epochen reduziert.

## 92 ***Rot-grünes Verschuldungsregime beenden***

93 Die rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsidentin Kraft hat bei der Bewältigung  
94 der kommunalen Schulden- und Finanzkrise versagt. Der Übergang zu einem derartigen  
95 kommunalen Verschuldungsregime und der mit ihm einhergehende Rückgang der politi-  
96 schen Handlungsfähigkeit der Kommunen hat sich in Nordrhein-Westfalen lange Zeit  
97 schleichend vollzogen.

98 Die Kassenkredite der Kommunen sind seit Ende 2011 um mehr als 3 Milliarden Euro auf  
99 25,3 Milliarden Euro angestiegen. Dies alleine ist ein Anstieg von rund 14 Prozent in an-  
100 derhalb Jahren. Damit entfällt die Hälfte aller bundesweiten Kassenkredite, denen keiner-  
101 lei Werte oder Investitionen gegenüber stehen, auf unsere nordrhein-westfälischen Städte  
102 und Gemeinden.

103 Dass die Liquiditätskredite in diesem Maße anwachsen, muss um so mehr beunruhigen, als  
104 die kommunalen Haushalte von der guten Konjunktur- und Arbeitsmarktlage profitieren,  
105 was in vielen Bundesländern, nicht aber in Nordrhein-Westfalen, 2012 zu einem positiven  
106 kommunalen Finanzierungssaldo führte.

107 Trotz geringerer Belastung kommunaler Haushalte in Folge des niedrigen Zinsniveaus,  
108 trotz der Übernahme der Grundsicherung im Alter und für Erwerbsgeminderte durch den  
109 Bund in voller Höhe, trotz höherer Dotierung des kommunalen Finanzausgleiches halten  
110 nordrhein-westfälische Städte bundesweit traurige Rekorde sowohl bei der Gesamtver-  
111 schuldung als auch beim Anstieg der Verbindlichkeiten.

112 Demnach verzeichnete Oberhausen Ende 2012 mit 8.369 Euro die höchste Pro-Kopf-  
113 Verschuldung bundesweit.

114 Neunzehn von zweiundsiebzig deutschen Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern haben  
115 jeweils mehr als 1 Milliarde Euro Schulden – darunter zwölf in Nordrhein-Westfalen.

116 Bei 82 Prozent der 28 Großstädte in Nordrhein-Westfalen hat sich die Verschuldung zwi-  
117 schen 2010 und 2012 deutlich erhöht.

118 Eine mögliche Erhöhung des Zinsniveaus schwebt somit wie ein Damoklesschwert über  
119 den Kommunen. Würde das Zinsniveau des Jahres 2001 zu Grunde gelegt, wären die Zins-  
120 ausgaben der nordrhein-westfälischen Städte rund 1 Milliarde Euro höher als heute.

121 Die Bewahrung und Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit unserer Kom-  
122 munen darf keinen politisch Handelnden in Nordrhein-Westfalen kalt lassen. Dies gilt um-  
123 so mehr, als dass vor Ort in den Kommunen eine Vielzahl unterschiedlicher Parteienbünd-  
124 nisse und politischer Kräfte Verantwortung tragen. Einziger Ansatz der rot-grünen Landes-  
125 regierung ist derzeit der sogenannte „Stärkungspakt“, der in seinen Umverteilungsmecha-

126 nismen die kommunale Familie spaltet. Zudem ist er als reine zeitlich befristete Über-  
127 gangshilfe nicht geeignet, echte Strukturanpassungen zugunsten der kommunalen Familie  
128 herbei zu führen.

129 **Die CDU fordert daher die rot-grüne Landesregierung auf, zu diesem brisanten Thema**  
130 **den Schulterchluss mit allen Beteiligten zu suchen. Wir sehen akuten Handlungsbe-**  
131 **darf, um sowohl heutige als auch zukünftige Generationen vor einer weiteren Zuspit-**  
132 **zung der kommunalen Finanznot zu schützen. Auch vor diesem Hintergrund braucht**  
133 **unser Land einen gemeinsamen Aktionsplan „Demografie“, eine Roadmap NRW 2030.**

134 **Vor dem Hintergrund der für den Bund und die Bundesländer ab 2020 grundgesetzlich**  
135 **vorgeschriebenen Schuldenbremse muss eine Lastenverschiebung zu Ungunsten der**  
136 **Kommunen rechtzeitig ausgeschlossen werden.**

### 137 ***Anschluss an die bundesdeutsche Entwicklung wiederherstellen***

138 Unter der von SPD und Grünen geführten Landesregierung verlieren die nordrhein-  
139 westfälischen Städte, Gemeinden und Kreise den Anschluss an die Entwicklung im Bun-  
140 desgebiet.

141 Das Institut der deutschen Wirtschaft stellt in einer aktuellen Analyse von Januar 2014  
142 fest, dass die jährliche Wachstumsrate des Landes Nordrhein-Westfalen seit 1991 im Jah-  
143 resdurchschnitt lediglich 0,9 Prozent betrug, verglichen mit 1,3 Prozent im Durchschnitt  
144 der übrigen westdeutschen Bundesländer.

145 Die jährliche nominale Pro-Kopf-Leistung in Nordrhein-Westfalen zwischen 1991 und 2012  
146 wäre sogar um 2.300 Euro höher ausgefallen, wenn unser Land das westdeutsche Durch-  
147 schnittswachstum erreicht hätte. Nach der von unabhängiger Seite (McKinsey) vorgeleg-  
148 ten Studie „NRW 2020 – Unser Land, unsere Zukunft“ vom Sommer 2013 betrug die  
149 Wachstumslücke zwischen Nordrhein-Westfalen und Bayern allein in den Jahren 2000 bis  
150 2012 mehr als 8 Prozent.

151 Durch ein Schließen dieser Lücke könnte Nordrhein-Westfalen jährlich 3,2 Milliarden Euro  
152 Steuermehreinnahmen für Land und Kommunen erzielen und 300.000 zusätzliche sozial-  
153 versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schaffen.

154 Eine solche Wachstumslücke führt langfristig zu großen Wohlfahrtseinbußen. Es gibt we-  
155 niger Arbeitsplätze, die Einkommen der Menschen sind niedriger und die Steuerkraft des  
156 Landes geht zurück. Die öffentliche Hand hat dadurch weniger Spielraum, notwendige  
157 Investitionen anzustoßen, die wiederum neues Wachstum fördern.

158 Diese Entwicklung hinterlässt auch in der kommunalen Familie tiefe Spuren. Als Beispiele  
159 seien genannt:

- 160 ▪ Die kommunalen Bauausgaben in Nordrhein-Westfalen waren in 2011 mit 159 Euro je  
161 Einwohner die niedrigsten im gesamten Bundesgebiet.
- 162 ▪ Nordrhein-westfälische Kommunen investierten in 2011 nur 34 Euro je Einwohner in  
163 den Straßenbau. Der Durchschnitt aller Flächenländer beträgt 55 Euro, in Bayern wur-  
164 den 70 Euro, in Sachsen sogar 82 Euro je Einwohner verausgabt.
- 165 ▪ Bei den Bauausgaben im schulischen und vorschulischen Bereich wird der Unterschied  
166 noch deutlicher: Während der Durchschnitt aller Flächenländer bei 49 Euro liegt, gaben  
167 Kommunen in Nordrhein-Westfalen lediglich 15 Euro je Einwohner für diesen Zweck  
168 aus, Sachsen dagegen 69 Euro und Bayern 82 Euro je Einwohner.

169 **Die CDU Nordrhein-Westfalen will die Kommunen im Land in die Lage versetzen, die**  
170 **nötigen Investitionen in Infrastruktur, Schulen, Sportanlagen und öffentliche Einrich-**  
171 **tungen zu tätigen. Nach dem Aufbau Ost muss die Sanierung West vorangetrieben**  
172 **werden.**

173 **Wir wollen keine Schuldenpolitik auf Kosten künftiger Generationen. Deshalb wollen**  
174 **wir eine Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleiches. Dazu brauchen wir**  
175 **eine Erhöhung des kommunalen Anteils am Steueraufkommen des Landes.**

## 176 ***Rot-grüne Blockaden und Gängelei beenden***

177 Nordrhein-Westfalen steht sowohl mit anderen Bundesländern auf nationaler Ebene als  
178 auch mit unseren Benelux-Nachbarländern in einem harten Standortwettbewerb.

179 Dabei ist der zuvor beschriebene Verlust an Wirtschaftskraft in Nordrhein-Westfalen  
180 hausgemacht. Die rot-grüne Landesregierung setzt alles daran, Selbständigkeit und unter-  
181 nehmerische Initiative flächendeckend mit bürokratischen Auflagen zu ersticken und zu  
182 blockieren. Unsere Unternehmen haben gegenüber ihren Mitbewerbern höhere und stren-  
183 gere Auflagen. Regulierungswut und ideologische Scheuklappen verstellen die Sicht auf  
184 (über-)lebensnotwendige Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft und verstärken den in  
185 Vergleichen diagnostizierten Abwärtstrend in vielen Bereichen.

186 Nordrhein-Westfalen hatte 2011 mit 451 Euro je Einwohner nach Hessen (502 Euro), Bay-  
187 ern (483 Euro) und Baden-Württemberg (452 Euro) die vierthöchsten Einnahmen über die  
188 Gewerbesteuer.

189 Allerdings ist Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich ein Hochsteuerland: Der Durch-  
190 schnittshebesatz der Gewerbesteuer lag im Jahr 2011 bei 442 Prozent. Zum Vergleich:  
191 Niedersachsen 380 Prozent, Rheinland-Pfalz 371 Prozent, Hessen 384 Prozent und Bayern  
192 370 Prozent. Vergleichbares gilt für die Grundsteuer B: Hier liegt der Durchschnittshebe-  
193 satz bei 457 Prozent, Hessen 337 Prozent, Bayern 380 Prozent und Baden-Württemberg  
194 383 Prozent.

195 Im Durchschnitt müssen unsere Unternehmen also rund 60 Prozent mehr Gewerbesteuer  
196 erwirtschaften, als vergleichbare Firmen in den umliegenden Bundesländern.

197 Schuld an dieser Entwicklung trägt insbesondere die rot-grüne Landesregierung. Erst hat  
198 sie über die Erhöhung der fiktiven Hebesätze im Gemeindefinanzierungsgesetz für eine  
199 flächendeckende Anhebung der Gewerbesteuer gesorgt. Jetzt zwingt sie über den Kom-  
200 munal-Soli weitere Kommunen, an der Gewerbesteuerschraube zu drehen. Die CDU Nord-  
201 rhein-Westfalen setzt sich für eine Rücknahme der flächendeckenden Gewerbesteuerer-  
202 höhung über GfG und Kommunal-Soli ein.

203 Unternehmen, die ihren Sitz an unseren Landesgrenzen haben, ziehen es immer öfter vor,  
204 ihre Investitionen in anderen Ländern zu tätigen, statt in Nordrhein-Westfalen.

205 Damit verlieren unser Land ebenso wie unsere Städte, Gemeinden und Kreise dauerhaft  
206 Steuerkraft. Jeder weiß: Was einmal verloren ist, bekommt man so schnell nicht wieder.

207 Viele Studien und Untersuchungen der letzten Zeit (McKinsey, Ernst & Young, Institut der  
208 deutschen Wirtschaft) zeigen: Nordrhein-Westfalen hat alle Möglichkeiten, langfristig  
209 ökonomisch zu wachsen und den Wohlstand seiner Bürger zu mehren. Durch konzertierte  
210 Aktionen von Land, Kommunen und Unternehmen lassen sich erhebliche Potenziale für  
211 nachhaltiges Wachstum erschließen.

212 **Die CDU Nordrhein-Westfalen hat ein vitales Interesse daran, Wertschöpfung für Land**  
213 **und Kommunen aus den Wachstumspotentialen zu generieren. Wir wollen Nordrhein-**  
214 **Westfalen wieder mittelstands- und unternehmerfreundlich gestalten.**

215 **Vorschriften, die unsere Betriebe im Ländervergleich gängeln und zu Desinvestitionen**  
216 **in Nordrhein-Westfalen führen, schädigen unser Land und unsere Bürgerinnen und**  
217 **Bürger nachhaltig. Hiermit muss Schluss sein.**

218 **Daher gehören Gesetze, Verordnungen und geplante Vorhaben der rot-grünen Landes-**  
219 **regierung, die die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten im Vergleich mit ande-**  
220 **ren Ländern hemmen oder sogar blockieren, auf den Prüfstand oder abgeschafft:**

## 221 Landesentwicklungsplan

222 Wirtschaftsförderung und regionalisierte Strukturpolitik gehören zu den wichtigsten lan-  
223 despolitischen Aufgaben mit unmittelbaren Konsequenzen für den kommunalen Bereich.  
224 Ein zentrales Instrument dabei ist der Landesentwicklungsplan (LEP). Er beschreibt die  
225 angestrebte strategische Entwicklung eines Bundeslandes in den wichtigsten landespoliti-  
226 schen Planungsbereichen.

227 Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat im Sommer 2013 einen Entwurf für eine  
228 Novelle des Landesentwicklungsplans vorgelegt. Dieser Entwurf ist das Spiegelbild rot-  
229 grüner Bevormundung. Er zeigt in der uns bekannten Art und Weise einmal mehr, dass  
230 diese Landesregierung nichts anderes im Sinn hat, als zu kontrollieren und zu bestimmen.  
231 Erfolgreiches Wirtschaften setzt jedoch Flexibilität voraus: Unsere Regionen brauchen kei-  
232 nen Zentraldirigismus aus Düsseldorf, sondern flexible Planungsvorgaben, die zum einen  
233 eine bedarfsgerechte und zum anderen eine gemeinde- und regionalbezogene Prüfung von  
234 planerischen Ausweisen neuer Siedlungs- und Gewerbeflächen ermöglichen.

235 Das Vorhaben der Landesregierung, Nordrhein-Westfalen als Ganzes zur europäischen  
236 Metropolregion zu erklären, zeigt die ganze Hilflosigkeit von Rot-Grün im Umgang mit  
237 regionalspezifischen Besonderheiten und Bedürfnissen.

238 Kommunen muss jedoch ausreichend Fläche für die Ansiedlung von Unternehmen zur Ver-  
239 fügung gestellt werden. Genau das aber geschieht nicht. Laut LEP-Entwurf soll das tägliche  
240 Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche langfristig auf „Netto-Null“ reduziert wer-  
241 den.

242 Das Prinzip der CDU Nordrhein-Westfalen beim Umgang mit Flächenverbrauch lautet:  
243 „Gebrauchen, aber nicht verbrauchen.“ Wir orientieren uns an der nationalen Nachhaltig-  
244 keitsstrategie:

245 ■ Unternehmen brauchen Entwicklungsmöglichkeiten: Auch in Zukunft sollen Kommunen  
246 bedarfsgerecht Industrie- und Gewerbegebiete neu ausweisen.

247 ■ Kommunen, die von Konversion betroffen sind, dürfen bei den gewaltigen Aufgaben  
248 nicht allein gelassen werden. Insbesondere benötigen die Kommunen einen grundsätz-  
249 lichen Zugang zu Fördermitteln, um die anstehende Konversion zu schultern. Dabei dür-  
250 fen die künftigen Nutzungsperspektiven nicht allein bei Erneuerbaren Energien oder  
251 Naturraum liegen: Die betroffenen Städte, Gemeinden und Kreise benötigen auch hier  
252 flexible Planungsmöglichkeiten.

253 ■ Die Reaktivierung von Brachflächen bedarf einer gezielten finanziellen Unterstützung  
254 nebst eines flexiblen Instrumentenkoffers für die betroffenen Kommunen.

255     ▪ Zur Erhaltung und Stärkung einer nachhaltigen, flächendeckenden und leistungsstarken  
256       Landwirtschaft ist es erforderlich, hochwertige landwirtschaftliche Flächen vor der In-  
257       anspruchnahme als Ausgleichsflächen zu schützen, um an gut geeigneten Standorten  
258       zusammenhängende Flächen in ausreichender Größe mit Vorrang für die landwirt-  
259       schaftliche Nutzung planerisch sichern zu können.

260     Mit diesem Landesentwicklungsplan greift die Landesregierung überdies in verfassungs-  
261     mäßig bedenklicher Form massiv in die kommunale Planungshoheit der Städte und Ge-  
262     meinden ein. Sie stärkt die politische Zentralgewalt zu Lasten des subsidiär angelegten  
263     gesamtstaatlichen Aufbaus und verändert damit die innerstaatliche Macht- und Verant-  
264     wortungsbalance zugunsten der Landesebene.

265     Heftige Kritik an dem Landesentwicklungsplan, der im zweiten Halbjahr 2014 beschlossen  
266     werden soll, kommt deshalb auch aus den Kommunen/Regionalräten und von Wirtschafts-  
267     verbänden. Neben der Einschränkung des kommunalen Planungsrechts stößt vor allem die  
268     Verknüpfung von Klimaschutz und Raumplanung auf Unverständnis und Widerstand. Bis-  
269     lang weiß niemand, welche Festlegungen der Klimaschutzplan nach Ansicht der Landesre-  
270     gierung treffen soll, die durch Ziele und Grundsätze der Raumordnung gesichert werden  
271     können. Damit ist auch unklar, welche Auswirkungen der Klimaschutzplan auf künftige  
272     Planungen hat. Planungsunsicherheiten sind aber tödliches Gift für Investitionen. Sie sor-  
273     gen daher für eine Verunsicherung der Wirtschaft und führen zu Investitionszurückhaltung  
274     und Arbeitsplatzverlusten.

275     Doch wie schon in den 1980er und 1990er Jahren stellt sich auch die heutige SPD-geführte  
276     Landesregierung taub gegenüber sachlich begründeten Einwänden und Hinweisen bezüg-  
277     lich ihrer verfehlten Wirtschafts- und Strukturpolitik. Sie betreibt sehenden Auges und  
278     wider besseren Wissens eine Politik des Rückschritts und der Selbstblockade und riskiert  
279     damit das weitere Abfallen Nordrhein-Westfalens bei den ökonomischen Kennziffern im  
280     Ländervergleich.

281     Rot-Grün hat aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt. Ministerpräsidentin Kraft  
282     setzt die Politik des Misstrauens in die Bürgerinnen und Bürger und die daraus resultie-  
283     rende zwanghafte Kontrollpolitik ihrer sozialdemokratischen Amtsvorgänger unbeirrt fort.  
284     Kontrolle, Regulierung und Gängelung sind und bleiben Kennzeichen der rot-grünen Lan-  
285     despolitik, nur dass diese mit ihren Zentralisierungstendenzen jetzt sogar noch hinter die  
286     späten Rau-Jahre zurückfällt.

287     Eine Deregulierung bei den landesgesetzlichen Vorschriften soll einhergehen mit einer  
288     neuen Gründungsoffensive für Nordrhein-Westfalen. Die unternehmerische Initiative und  
289     der „Gründergeist“ müssen wieder gestärkt werden. Zugänge zu Fördermitteln zur Stär-  
290     kung von Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Nordrhein-Westfalen müssen sicher-  
291     gestellt werden. Der vorliegende LEP-Entwurf verhindert Wachstum, wo eigentlich neue  
292     Wachstumsimpulse dringend benötigt werden.

293     **Wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum stellen aus unserer Sicht den Regelfall dar**  
294     **und sind nicht die Ausnahme, wie durch Rot-Grün im LEP unterstellt.**

295     **Sollten im weiteren Verfahren nicht noch Änderungen oder Konkretisierungen vorge-**  
296     **nommen werden, wird der LEP dazu beitragen, den Wirtschaftsstandort Nordrhein-**  
297     **Westfalen noch weiter zu schwächen. Die CDU Nordrhein-Westfalen lehnt den Entwurf**  
298     **daher in der vorliegenden Form ab und fordert die Landesregierung auf, diesen grund-**  
299     **legend zu überarbeiten!**

## 300 Klimaschutzgesetz

301 Auch in Sachen Klimaschutz agiert diese Landesregierung ideologiegetrieben und nicht  
302 zielorientiert. Der im LEP-Entwurf verankerte Klimaschutzplan trägt genauso wenig zum  
303 dringend notwendigen Klimaschutz bei wie das gesamte Klimaschutzgesetz. Ganz im Ge-  
304 genteil: Dieses Gesetz schadet sogar. Insbesondere die Grünen haben immer noch nicht  
305 verstanden, dass Klimaschutz eine globale Aufgabe bedeutet, die nicht allein regional zu  
306 lösen ist.

307 Gerade dort, wo bereits erfolgreich regionale Energieeinsparkonzepte umgesetzt wurden,  
308 sollen diese nun mühsam und ohne erkennbaren Zugewinn an die grünen Bevormun-  
309 dungs- und Zwangsregelungen angepasst werden. Unter den 256 Städten und Gemeinden  
310 sowie den 32 Kreisen, die sich im Rahmen des European Energy Awards (eea) zertifizieren  
311 ließen, kommt die überwiegende Anzahl (113) aus Nordrhein-Westfalen. Es ist geradezu  
312 aberwitzig, dass diese über Jahre in kommunaler Eigeninitiative erstellten Konzepte durch  
313 eine zentralistische Regelung ersetzt werden sollen.

314 Wenn in Nordrhein-Westfalen mehr Leichtbaustahl, mehr treibstoffsparende Reifen und  
315 mehr LED-Leuchten produziert werden, ist das gut. Diese Produktion muss gestärkt wer-  
316 den. Globale Erderwärmung bekämpft man aber nicht mit nordrhein-westfälischer Büro-  
317 kratie.

318 Gerade weil die Landesregierung diese Produktbilanz nicht zieht, befürchten Unterneh-  
319 men und Gewerkschaften massive Arbeitsplatzverluste. Dieses Gesetz nimmt bewusst in  
320 Kauf, dass Produktionsstandorte in andere Länder verlagert werden.

321 Darüber hinaus führt das Klimaschutzgesetz zu einer starken Erhöhung der Zahl von CO<sub>2</sub>-  
322 Emissionszertifikaten aus Nordrhein-Westfalen auf dem Markt. In der Folge werden die  
323 Verschmutzungsrechte nicht teurer, sondern billiger. Das europäische Emissionshandels-  
324 system wird geschwächt anstatt gestärkt. Der Anreiz, in CO<sub>2</sub>-arme und nachhaltige Tech-  
325 nologien zu investieren, sinkt.

326 **Die CDU Nordrhein-Westfalen erachtet dieses Gesetz als schlichtweg unnötig, da In-**  
327 **dustrie und Energieversorger heute schon große Anstrengungen unternehmen, um den**  
328 **CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren.**

329 **Das Klimaschutzgesetz und der Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen zeugen von ei-**  
330 **nem falschen Verständnis von Klimaschutzpolitik. Um die ehrgeizigen Ziele zum**  
331 **Schutz unseres Klimas zu erreichen, ist eine nationale Offensive erforderlich – kein**  
332 **Alleingang einzelner Länder. Klimaschutz macht an Landesgrenzen nicht halt.**

333 **Der Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen gefährdet Arbeitsplätze und droht Wert-**  
334 **schöpfungsketten zu sprengen. Er schafft für die Unternehmen in Nordrhein-**  
335 **Westfalen erhebliche Rechts- und Planungsunsicherheiten.**

## 336 Infrastrukturmittel

337 Nordrhein-Westfalen ist Stauland Nr. 1. Unsere Verkehrsinfrastruktur ist in weiten Teilen  
338 marode oder überlastet. Bestes Beispiel ist die Rheinbrücke in Leverkusen, die dem wach-  
339 senden Verkehr nicht mehr standhält und deswegen teilweise gesperrt ist. Eine funktions-  
340 tüchtige und bedarfsgerechte Infrastruktur ist jedoch einer der wichtigsten Standortfakto-  
341 ren für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Nur mit einer guten Infrastruktur können  
342 unsere Städte und Gemeinden im harten internationalen Wettbewerb bestehen.

343 Doch trotz des enormen Sanierungsbedarfs und eines immensen Investitionsstaus in  
344 Nordrhein-Westfalen musste die rot-grüne Landesregierung im vergangenen Jahr wegen  
345 fehlender baureifer Planungen 44 Millionen Euro aus den Mitteln für den Bundesfernstra-  
346 ßenbau an den Bund zurückgeben.

347 Bei einer solchen Politik hilft es auch nicht, nach zusätzlichem Geld aus Berlin zu rufen.  
348 Wir haben in der Großen Koalition beschlossen, 5 Milliarden Euro zusätzlich für die Infra-  
349 struktur bereitzustellen. Dem Einsatz der CDU Nordrhein-Westfalen in den Koalitionsver-  
350 handlungen ist es zu verdanken, dass 80 Prozent dieser Mittel nach Dringlichkeit und nicht  
351 nach dem „Königsteiner Schlüssel“ vergeben werden. Davon könnte Nordrhein-Westfalen  
352 besonders profitieren. Aber das funktioniert nur, wenn baureife Pläne vorliegen.

353 Laut einer Studie des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) benötigen die  
354 Kommunen und Verkehrsbetriebe in Nordrhein-Westfalen bis 2016 Investitionen in Höhe  
355 von rund 1,1 Milliarden Euro für den Erhalt ihrer U-Bahn- und Straßenbahn-Systeme. Rot-  
356 Grün dagegen kürzt die ÖPNV-Mittel. Dadurch fehlen etwa bei Schienen, Tunneln und  
357 Waggons jährlich 30 Millionen Euro. Leidtragende sind vor allem Millionen von Pendlern  
358 im Nahverkehr unserer großen Städte.

359 **Der rot-grünen Landesregierung gelingt es trotz des Investitionsstaus nicht, die be-**  
360 **reits bewilligten Bundesmittel gänzlich zu verausgaben, geschweige denn, sich um**  
361 **neue Mittel für Investitionen in die Infrastruktur zu bemühen.**

362 **Deshalb muss die rot-grüne Landesregierung endlich die Planfeststellungsverfahren**  
363 **und die Bauabwicklung auf Landesebene beschleunigen.**

364 **Unser Ziel ist es, den Individualverkehr genauso wie den ÖPNV in Nordrhein-**  
365 **Westfalen so zu stärken, dass die Mobilität der Einwohner Nordrhein-Westfalens gene-**  
366 **rell verbessert wird.**

## 367 **Breitbandförderung**

368 Zur Infrastruktur gehört in der heutigen Zeit untrennbar das digitale Netz. Leistungsfähige  
369 Internetverbindungen sind für die Wirtschaft eines Landes mittlerweile ebenso wichtig wie  
370 Autobahn- und Schienenanschlüsse. Doch trotz großer Bevölkerungsdichte liegt Nord-  
371 rhein-Westfalen beim Breitbandausbau nicht an der Spitze der Flächenbundesländer, zum  
372 Nachteil vieler in allen Regionen unseres Landes. Mit schnellem Internet können bei-  
373 spielsweise neue Geschäftsfelder erschlossen werden. Die immer wichtiger werdenden  
374 Just-in-Time-Lieferungen lassen sich nur über leistungsfähige Breitbandnetze steuern.  
375 Darüber hinaus bieten immer mehr Unternehmen Heimarbeit an, auch um die Vereinbar-  
376 keit von Familie und Beruf voranzutreiben. Auch dafür braucht man leistungsfähige Inter-  
377 netverbindungen.

378 Aber nicht nur die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen brauchen mehr Tempo im Netz –  
379 auch für die Wohnstandorte im ländlichen Raum sind höhere Geschwindigkeiten unver-  
380 zichtbar. Egal ob E-Learning, das Verschicken von größeren Bilddateien oder das Schauen  
381 von Fernsehen über das Internet – bei geringem Up- und Download wird das zum ständi-  
382 gen Ärgernis.

383 Aktuell nutzen nach dem (N)Onliner-Atlas 2013 57,4 Prozent der Nordrhein-Westfalen  
384 einen Breitbandanschluss zum Internetzugriff. Das bedeutet unverändert lediglich Platz 11  
385 in der Rangfolge der 16 Bundesländer.

386 Im Wettbewerb um Standortvorteile wird deutlich, dass die Landesregierung bei diesem  
387 Thema eine ganz langsame Leitung hat. Während sich die bayerische Landesregierung zum

388 Ziel gesetzt hat, bis zum Jahr 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung mit einer  
389 Übertragungsgeschwindigkeit von mindestens 50 Megabyte pro Sekunde sicherzustellen  
390 und dafür die Fördermittel bis 2018 auf insgesamt 1,5 Milliarden Euro aufstockt, ist in  
391 Nordrhein-Westfalen das Thema auf der Agenda der rot-grünen Landesregierung kaum  
392 erkennbar. Lediglich 9 Millionen Euro im Jahr stellt Frau Kraft für den Breitbandausbau zur  
393 Verfügung. Eine Aufstockung der Förderung mit EFRE-Mitteln lehnt die Landesregierung  
394 ab, obwohl Europaparlament und Europäischer Rat den Weg hierfür freigemacht haben.  
395 Leidtragende sind vor allem die Menschen im ländlichen Raum, denn in den Städten ist die  
396 Versorgung relativ gut. Dies macht einmal mehr deutlich, dass Rot-Grün den ländlichen  
397 Raum nicht im Blick hat.

398 **Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert Priorität für den Ausbau der Datenautobahnen**  
399 **in unserem Land. Jede Gemeinde muss eine eigene Ausfahrt bekommen. Vereinfach-**  
400 **ung der Verfahren, Verdoppelung der Förderung und Verbesserung der Beratung –**  
401 **mit diesem Dreiklang verpassen wir den Anschluss an die Zukunft nicht!**

#### 402 **Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen**

403 Im Dezember 2011 hat der Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und  
404 Linken das sogenannte Tariftreue- und Vergabegesetz für Nordrhein-Westfalen beschlos-  
405 sen.

406 Das Gesetz und die 2013 verabschiedete Rechtsverordnung schaffen ein Bürokratiemon-  
407 ster, das gerade Mittelstand und Handwerk, aber auch die Kommunen, vor erhebliche Prob-  
408 leme stellt.

409 Arbeitgeber, Wirtschaftsverbände und Kommunen lehnen das gesamte Konstrukt als un-  
410 zumutbare Belastung klar ab. Das Gesetz führt zu einer Wettbewerbsverzerrung, insbe-  
411 sondere zu Lasten von Kleinbetrieben, und stellt einen unzulässigen Eingriff in die kom-  
412 munale Selbstverwaltung dar.

413 Zwischenzeitlich sind Verfassungsbeschwerden sowie eine Klage vor dem Europäischen  
414 Gerichtshof anhängig. Der Grundsatz einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsfüh-  
415 rung für Kommunen wird durch die bürokratischen Vorgaben ausgehöhlt. Die Vergabe-  
416 kammern Düsseldorf und Arnsberg bezweifeln, ob das Tariftreue-Gesetz überhaupt dem  
417 europäischen Recht entspricht, da es die Dienstleistungsfreiheit aushebelt.

418 **Kurz gesagt: Das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen ist handwerklich**  
419 **schlecht gemacht sowie verfassungs- und europarechtlich äußerst bedenklich. Die**  
420 **CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für eine Abschaffung dieses Landesgesetzes ein,**  
421 **weil es uns bundesweit benachteiligt.**

#### 422 **Schule und Bildung**

423 Voraussetzung für die positive Entwicklung eines Landes, wie auch jeder einzelnen Kom-  
424 mune, ist neben Wirtschaftskraft und Infrastruktur auch der Faktor Bildung. In diesem  
425 zentralen Bereich versagt die Landesregierung jedoch genauso, wie in ihrer Wirtschafts-  
426 und Strukturpolitik.

427 Zur Qualität der Schule vor Ort und damit auch zur Attraktivität der betreffenden Ge-  
428 meinde zählt eine gesicherte Unterrichtsversorgung. In Nordrhein-Westfalen wird jedoch  
429 der Unterrichtsausfall nicht mehr dokumentiert – weder landesbezogen noch gemeinde-  
430 scharf.

431 Nach einer vom Schulministerium in Auftrag gegebenen Studie würde eine umfassende  
432 Dokumentation des Unterrichtsausfalls 700 Lehrerstellen beanspruchen. Zudem sei die  
433 Qualität des Unterrichts entscheidender als der Umfang des erteilten Unterrichts. Im Lichte  
434 dieser Studie stellt sich allerdings die Frage, wieso in anderen Bundesländern eine der-  
435 artige Dokumentation ohne größeren Aufwand möglich ist und für ein Höchstmaß an  
436 Transparenz und Vergleichbarkeit sorgt.

437 Als die CDU 2005 die Regierung übernahm, fielen in Nordrhein-Westfalen jedes Jahr über  
438 5 Millionen Stunden Unterricht aus. Dank 8.000 zusätzlich geschaffener Lehrerstellen  
439 konnte diese Zahl unter CDU-Verantwortung halbiert werden.

440 Das Verhalten von Schulministerin Löhrmann lässt vermuten, dass der Unterrichtsausfall  
441 in Nordrhein-Westfalen inzwischen wieder auf Rekordhöhe liegt.

442 **Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert im Einklang mit dem Landesrechnungshof die**  
443 **Landesregierung auf, die Maßstäbe an Transparenz, die sie an anderen Stellen anlegt,**  
444 **auch für sich selbst gelten zu lassen und ihrer Verantwortung gegenüber den Schüle-**  
445 **rinnen und Schülern wie auch dem Steuerzahler nachzukommen. Wir verlangen eine**  
446 **umfängliche, schulscharfe Dokumentation des Unterrichtsausfalls im ganzen Land.**  
447 **Nur so können Misstände erkannt und notwendige Maßnahmen vor Ort ergriffen**  
448 **werden.**

#### 449 Hochschulen

450 Nordrhein-Westfalen verfügt über die dichteste Hochschullandschaft Deutschlands.  
451 Gleichzeitig bestehen trotz aller dank des Hochschulfreiheitsgesetzes der schwarz-gelben  
452 Landesregierung zwischen 2006 und 2010 erzielten Fortschritte noch immer unverkennbar  
453 große Defizite bei der notwendigen Verzahnung der zahlreichen Universitäten und Fach-  
454 hochschulen mit der regionalen Wirtschaft.

455 Eine enge Verbindung von Hochschulen und Unternehmen bildet jedoch eine unmittelbare  
456 Voraussetzung für die erfolgreiche Gestaltung des Strukturwandels, insbesondere im  
457 Ruhrgebiet, aber auch in den übrigen Landesteilen.

458 Durch das geplante neue sogenannte „Hochschulzukunftsgesetz“ der rot-grünen Landes-  
459 regierung werden diese Erfolge mutwillig aufs Spiel gesetzt. In den Regionen rund um die  
460 Hoch- und Fachhochschulstandorte drohen Stagnation oder gar Rückschritt statt der drin-  
461 gend benötigten, vom akademischen Bereich ausgehenden innovativen Impulse. Dabei ist  
462 die ihnen vom Landesgesetzgeber eingeräumte Autonomie von den nordrhein-  
463 westfälischen Hochschulen verantwortungsvoll ausgestaltet und wahrgenommen worden.  
464 So konnte nicht nur die Herausforderung des doppelten Abiturjahrganges 2013 erfolgreich  
465 bewältigt, sondern zuvor schon die Zahl der Hochschulabsolventen zwischen 2006 und  
466 2011 um 50 Prozent gesteigert werden. Ähnliches gilt für die Einwerbung von For-  
467 schungsmitteln, welche bis 2010 um mehr als 30 Prozent gestiegen sind.

468 Die rot-grüne Universitätsplanwirtschaft entzieht unseren Hochschulen ohne Grund die  
469 dringend notwendige planerische Freiheit. Unter anderem deshalb laufen Hochschulrekto-  
470 ren, Studierende, Studentenwerke, Hochschulräte, Wissenschaftler und Wirtschaft Sturm  
471 gegen die geplante Novellierung des Hochschulgesetzes.

472 Anstatt sie für die Masse der Studierwilligen vorzubereiten und mit der regionalen Wirt-  
473 schaft besser zu vernetzen, werden die ohnehin unterfinanzierten Hochschulen mit unsin-  
474 nigen Quotierungen ausgebremst, mit Forschungsverbots bedroht („Zivilklausel“) und an

475 einer gedeihlichen Kooperation mit potenten Unternehmen gehindert (Drittmittel-  
476 Offenlegung).

477 Die Herausforderungen des Forschungsstandorts Nordrhein-Westfalen im 21. Jahrhundert  
478 lassen sich nicht dadurch lösen, dass ein Ministerium von oben herab verordnet, was ge-  
479 lehrt werden soll und worüber zu forschen ist. Im Übrigen lässt die rot-grüne Landesregie-  
480 rung das, was sie an Transparenz bei der Drittmittel-Offenlegung der Hochschulen einfor-  
481 dert, selbst beim Unterrichtsausfall vermissen.

482 **Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert die Landesregierung auf, diesen Gesetzentwurf**  
483 **zurück zu ziehen, den Hochschulen in diesem Land in Lehre und Forschung ihre Auto-**  
484 **nomie zu erhalten und die regionalen Entwicklungspotenziale nicht unnötig zu blockie-**  
485 **ren. Die gesetzlich vorgeschriebene Evaluierung muss unverzüglich dem Landtag vor-**  
486 **gelegt werden!**

### 487 Ärztemangel

488 Zahlreiche Studien prognostizieren schon heute für ganz Deutschland einen massiven Ärz-  
489 temangel in naher Zukunft. Dieser wirkt sich besonders auf die medizinische Versorgung  
490 im ländlichen Raum und in unterversorgten Ballungsräumen sowie auf die hausärztliche  
491 Versorgung insgesamt aus.

492 Der Anteil junger Ärztinnen und Ärzte, die im ländlichen Raum praktizieren wollen, nimmt  
493 kontinuierlich ab, während das Durchschnittsalter sowohl von Vertrags- als auch von  
494 Krankenhausärzten stetig steigt.

495 Auch in Teilen Nordrhein-Westfalens, insbesondere in ländlichen Regionen, wird es zu-  
496 nehmend schwieriger, Ärztinnen und Ärzte zu finden, die bereit sind, sich niederzulassen  
497 oder eine Praxis zu führen. Beides ist notwendig, um eine wohnortnahe medizinische Ver-  
498 sorgung zu gewährleisten.

499 Der absehbare Ärztemangel hat seinen Grund nicht im fehlenden Interesse junger Men-  
500 schen am Medizinstudium und am ärztlichen Beruf. Im Gegenteil: Der Arztberuf ist unver-  
501 ändert attraktiv für junge Menschen. Dies lässt sich schon anhand der hohen Bewerberzah-  
502 len an den Universitäten belegen.

503 Wenn es zu dem dramatischen Ärztemangel kommt, der sich abzeichnet, dann liegt dem  
504 ein schwerwiegendes Politikversagen zugrunde. Die Sicherstellung einer ausreichenden,  
505 flächendeckenden ärztlichen Versorgung in allen Regionen des Landes liegt genau dann in  
506 der Verantwortung der Politik, wenn die ärztlichen Selbstverwaltungsstrukturen ihren  
507 Aufgaben nicht gerecht werden.

508 Ein wesentliches Kennzeichen einer guten Politik ist es, Fehlentwicklungen frühzeitig zu  
509 erkennen und gegenzusteuern. Eine solche Politik ist zurzeit in Nordrhein-Westfalen nicht  
510 zu erkennen. Die rot-grüne Landesregierung und insbesondere die Gesundheitsministerin  
511 glänzen bisher durch Untätigkeit.

512 Es liegt in der Verantwortung des Landes, jetzt die Weichen für eine auch in Zukunft aus-  
513 reichende ärztliche Versorgung in jeder Region des Landes zu stellen.

514 **Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert die rot-grüne Landesregierung auf, in Zielver-**  
515 **einbarungen mit den Universitäten auf eine Reform des Studiengangs Humanmedizin**  
516 **hinzuwirken. Der Schwerpunkt Allgemeinmedizin muss stärker gewichtet und die be-**  
517 **stehenden Kapazitäten an Studienplätzen optimal ausgenutzt werden.**

518 **Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für eine neue medizinische Fakultät in Ost-**  
519 **westfalen-Lippe ein und fordert die Schaffung von Anreizen für junge Ärztinnen und**  
520 **Ärzte, nach dem Studium eine Hausarztpraxis im ländlichen Raum zu übernehmen.**

### 521 **Denkmalschutzförderung**

522 Einen immer wichtiger werdenden Faktor in der Wirtschaftsbilanz Nordrhein-Westfalens  
523 stellt der Tourismusbereich dar. Insbesondere kleinere Kommunen in landschaftlich reiz-  
524 vollen, aber eher wirtschaftsschwachen Regionen profitieren von historischen Baudenkmä-  
525 lern und kulturellen Attraktionen in ihren Mauern. Sie alle fließen ein in das reiche kultur-  
526 historische Erbe unseres vielfältigen Landes, das von der Römerzeit bis in die unmittelbare  
527 Gegenwart reicht. Genau dieses Erbe wird von der rot-grünen Landesregierung jetzt aufs  
528 Spiel gesetzt.

529 Es ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Von 2015 an stellt  
530 Nordrhein-Westfalen keine Fördermittel für den Denkmalschutz mehr zur Verfügung. Das  
531 bevölkerungsreichste Bundesland verabschiedet sich von seiner Verantwortung für den  
532 Denkmalschutz. Schon im Haushalt 2014 wird der Etat für den Erhalt der mehr als 100.000  
533 Baudenkmäler im Land auf 3,4 Millionen Euro reduziert.

534 Mit den Mittelkürzungen fährt Rot-Grün die Zukunft der Denkmalpflege vor die Wand,  
535 zum Schaden für das kulturelle Bewusstsein und die regionalen Identitäten Nordrhein-  
536 Westfalens. Dabei ist diese Aufgabe in der Landesverfassung festgeschrieben und darf  
537 nicht von der haushaltspolitischen Willkür des Gesetzgebers abhängen.

538 In einem offenen Brief an Ministerpräsidentin Kraft warnt der Rheinische Verein für  
539 Denkmalpflege und Landschaftsschutz davor, „billigend den zunehmenden Verfall und die  
540 Zerstörung zumeist unwiederbringlicher historischer Bausubstanz und archäologischer  
541 Stätten in Kauf zu nehmen.“

542 Andere Prioritäten setzt beispielsweise Baden-Württemberg, das eine fast gleich hohe  
543 Zahl von Kulturdenkmalen besitzt. Zeitgleich zu den Vorgängen in Nordrhein-Westfalen  
544 wird hier der Haushaltsansatz für Denkmalpflege von 24 Millionen Euro auf 44 Millionen  
545 Euro erhöht.

546 **Die CDU Nordrhein-Westfalen spricht sich klar gegen die rot-grüne Politik der Demon-**  
547 **tage des Denkmalschutzes aus. Ganze Zweige des Handwerks und des Mittelstands, die**  
548 **von der Hege und Pflege der Kulturgüter gelebt haben, dürfen nicht wegbrechen. Gleich-**  
549 **es gilt für das zahlreiche und vielfältige bürgerschaftliche Engagement, ohne dessen**  
550 **hohen ideellen Einsatz schon heute viele kultur-historische Überlieferungen für immer**  
551 **verloren wären. Wir setzen weiterhin darauf, dass einem Euro staatlicher Förderung im**  
552 **Denkmalschutz zwölf Euro aus privater Hand folgen und wollen gerade diesen Anreiz**  
553 **erhalten, in den Denkmalschutz zu investieren und das subsidiär für das Gemeinwohl**  
554 **wirkende Ehrenamt in Gestalt zahlreicher Einzelpersonen, aber auch Geschichtsverei-**  
555 **nen, Bürgerinitiativen oder Schützenbruderschaften zu unterstützen.**

556 ***Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben Besseres verdient!***

557 **Die rot-grüne Handschrift der Landesregierung ist klar erkennbar: überall nur neue**  
558 **Vorschriften, Hemmnisse, Belastungen und Blockaden.**

559 Anstatt Wirtschaftspolitik im positiven Sinn ganzheitlich zu betrachten (als Synthese von  
560 Wirtschaftsförderung, Bildung, Infrastruktur und Arbeitsmarkt unter Beachtung sozialer  
561 und ökologischer Standards), scheitert diese Landesregierung einmal mehr an sich selbst.  
562 Die Form des „starken Staates“, von der die Ministerpräsidentin spricht, ist in Wahrheit  
563 mehr Bürokratie und führt zu einem schwachen, überforderten Staat.

564 Gerechtigkeit verkommt zur banalen Gleichmacherei, staatliche „Zuwendung“ ersetzt  
565 Selbstverantwortung und Eigeninitiative und schließlich ist das angestrebte „solidarische  
566 NRW“ ein Land, in welchem bloß noch die Schwachen miteinander solidarisch sein können,  
567 weil es kaum noch „Starke“ gibt.

568 Wer einfach nur den „starken Staat“ fordert, der fordert auch den Alles-Organisator, den  
569 Aufpasser, den Fürsorger und den Umverteiler. Der fordert und fördert vor allem Bürokratie  
570 und Verwaltung, aber nicht das Land und seine Menschen. Die haben Besseres verdient!  
571

572 ***Unsere Kommunen – unsere Zukunft***

573 Bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 entscheiden die Bürgerinnen und Bürger in Nord-  
574 rhein-Westfalen über die Zukunft der Gemeinden, Städte und Kreise. Es geht um die loka-  
575 len Themen vor Ort: um gute Schulen und bedarfsgerechte Betreuungsangebote für unse-  
576 re Kinder und Familien, um wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen zur Sicherung von  
577 Arbeitsplätzen, um Schutz vor Kriminalität, um die Unterstützung des bürgerschaftlichen  
578 Engagements vor Ort, um das gesellschaftliche Miteinander – auch der Generationen von  
579 Jung und Alt.

580 Es geht um die Sicherung und Anpassung von Infrastrukturen und der öffentlichen Da-  
581 seinsvorsorge angesichts einer kleiner und älter werdenden Gesellschaft; es geht um an-  
582 gepassten Wohnungsbau, Mobilität und Straßenunterhaltung, um kommunale Beteiligun-  
583 gen und deren Unterstützung beim Breitbandausbau oder um neue kommunale Aufgaben  
584 in der Energiepolitik bei der Umsetzung der Energiewende – und das alles vor dem Hinter-  
585 grund weiterhin angespannter öffentlicher Kassen, die nicht alles Wünschenswerte finan-  
586 zieren können.

587 Die kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der CDU Nordrhein-Westfalen  
588 setzen sich in den Vertretungen der Gemeinden, Städte und Kreise für ein lebens- und lie-  
589 benswertes Zuhause unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ein. Ganz gleich ob in Ort-  
590 schaften, Stadtvierteln oder -bezirken: Für uns stehen die Lebensqualität und Lebenssitua-  
591 tion der Menschen im Mittelpunkt unseres Handelns.

592 Die CDU ist die Kommunalpartei Nr. 1 in Nordrhein-Westfalen. Nur die CDU arbeitet auf  
593 allen politischen Ebenen nachhaltig für die Kommunen. Nur die CDU kann die Interessen  
594 der Kommunen wirksam durchsetzen.

595 In unseren Gemeinden, Städten und Kreisen engagieren sich 8.000 erfolgreich amtierende  
596 CDU-Kommunalpolitiker, darunter 25 Landräte, 9 Oberbürgermeister und fast 200 haupt-  
597 amtliche Bürgermeister für die Menschen.

598 Bei den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 bewerben sich ca. 20.000 Mitglieder der CDU  
599 um Mandate. Sie tun dies ehrenamtlich in ihrer Freizeit und leisten damit einen großen  
600 Beitrag für unser gesellschaftliches Zusammenleben. Dies unterstreicht einmal mehr die  
601 Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements, welches den Einzelnen in seiner verantwor-  
602 teten Freiheit stärkt, dem Gemeinwohl dient und den Staat zu dessen eigenem Vorteil vor  
603 Überforderung schützt. Denn was wären unsere Kommunen ohne die zahlreichen Sport-,  
604 Karnevals-, Schützen- und Bürgervereine bzw. Kirchengemeinden? Und was wären diese  
605 ohne ihre vielen Mitglieder und ehrenamtlichen Unterstützer?

606 Ehrenamtliches Engagement muss daher gewürdigt und gestärkt werden. Zusätzliche Ab-  
607 gaben und Auflagen dagegen belasten die Vereine, schränken sie in ihrem Handeln ein und  
608 sind konsequent zu vermeiden. Das entspricht einer Politik, die sich dem christlichen Men-  
609 schenbild verpflichtet und um den Wert subsidiärer Strukturen in der Gesellschaft weiß.

610 Kommunale Selbstverwaltung ist für uns kein Selbstzweck: Bürgerinnen und Bürger über-  
611 nehmen Verantwortung für die Gestaltung ihrer Kommunen. Dieses Verständnis unserer  
612 politischen Arbeit leitet uns.

613 Grundlage unseres Handelns in den Kommunen ist eine ausreichende, verlässliche und  
614 gerechte Finanzausstattung. Hier ist in erster Linie das Land gefordert. Es muss hinrei-  
615 chend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, damit die vielfältigen Aufgaben vor Ort  
616 wahrgenommen werden können. Die nordrhein-westfälischen Kommunen müssen finan-  
617 ziell wieder eigenständig und handlungsfähig werden. Bei der Aufgabenübertragung vom  
618 Bund auf das Land oder die Kommunen muss das Konnexitätsprinzip strikt eingehalten  
619 werden.

620 Jenseits aller finanziellen Förderungen kann die objektiv schwierige Lage vieler nordrhein-  
621 westfälischer Kommunen jedoch nur dann nachhaltig verbessert werden, wenn die politi-  
622 schen Rahmenbedingungen stimmen. Der Abbau überflüssiger bürokratischer Hemmnisse,  
623 die Eröffnung notwendiger Handlungsspielräume und Entwicklungsmöglichkeiten, die  
624 Qualitätssicherung der lokalen Bildungsangebote bis hin zur Verzahnung von Hochschulen  
625 und regionaler Wirtschaft, eine intakte und zukunfts feste Infrastruktur, eine Steigerung  
626 des Erholungs- und Freizeitwertes unserer reizvollen und vielfältigen Städte und Kreise  
627 sowie der Erhalt unseres reichen gemeinsamen kulturellen Erbes sind unverzichtbare Vor-  
628 aussetzungen für wirtschaftliche Prosperität und damit verbunden eine höhere Steuer-  
629 kraft, von der am Ende alle profitieren: die Kommunen, das Land und jeder einzelne von  
630 uns.

631 Die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sind uns Verpflichtung. Die großen Erfolge unse-  
632 rer Partei bei den vorangegangenen Kommunalwahlen haben ihre Ursache in der festen  
633 Verwurzelung bei den Menschen. Unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker  
634 sind das Rückgrat der CDU. Wir übernehmen auch in Zukunft Verantwortung in unseren  
635 nordrhein-westfälischen Kommunen.

636 **Denn für uns gilt: „Starke Kommunen – gut für Nordrhein-Westfalen!“**